

Wahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Wahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Grotz, Finkenstraße 3. — Wiener Redaktion: Hans Thoma, 2. Bez., Novaragasse 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr abends, Gasthaus Wail, 9. Bez., Bähringer Gürtel Nr. 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Br u z W i e n
Dezember 1929
Nr. 13 1. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzusendung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzusendung beträgt S — 80. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland M — 80. Die Bezugspreise sind im vorstehenden zu entrichten. — Postpostkonten Nr. 68371.

Die neue Verfassung, eine Fessel für das Proletariat.

Die Regierung hat mit ihrer Verfassungsvorlage schwere Opfer von der Arbeiterschaft gefordert, im Wege des Übereinkommens mit der Sozialdemokratischen Partei auf einen Teil dieser Opfer verzichtet und den erwarteten, beträchtlichen Rest tatsächlich eingekauft.

Die Arbeiterzeitung vom 7. Dezember 1929 schreibt dazu: „Gewiß, auch wir Sozialdemokraten haben schwere Opfer gebracht, um dieses Kompromiß zu erröden“ und zwanzig Zeilen tiefer: „Die Arbeiterschaft darf auf diesen Erfolg ihrer Kampfschloffenheit stolz sein.“

Wen erinnert nicht diese Siegerfreude an Till Eulenspiegel, der einst, um ein Huhn zu erlösen, von einem Maerkweib zwei Hühner erkaufte und damit fort wollte, um seine Geldtage zu holen. Als ihn die abnungsvolle Händlerin nicht ziehen ließ, gab ihr der Schelm ein Huhn zurück und sagte, er ließe es ihr als Pfand bis zu seiner Wiedertehr. Till kam nie wieder. Die zufriedene Einfältige, die das eigene Huhn als Pfand hatte, war aber auf ihren erfolgreichen Handel nicht minder stolz als die Sozialdemokratische Partei auf den ihren.

Staatsfreie Sozialdemokraten.

Es war schon zu Beginn der Verhandlungen ersichtlich, daß die Sozialdemokraten dem bürgerlichen Staate geben werden, was des Staates ist. Meinte doch Kemmer, als ihr Hauptredner, in der Parlamentsitzung vom 22. November 1929: „Niemand kann mehr einen starken Staat brauchen, der seine wirtschaftlichen und sozialen Pflichten erfüllt, als die Arbeiterklasse, niemand kann mehr einen starken Staat brauchen, der Recht und Gesetz hält, als die Arbeiterklasse.“

Nach Karl Marx ist der bürgerliche Staat ein Mittel zur Unterdrückung der Ausgebeuteten durch die Ausbeuter, schafft Gesetze, die ihnen dienen, sorgt mit Gericht, Polizei und Heer für die unge störte Profitmacherei und kann gerade deshalb nicht die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeiter wahrnehmen. Das ist aber nach Ansicht der Sozialdemokraten ein Vorurteil von Karl Marx, der die „Gerechtigkeit“ der Regierung Schwärzer deshalb nicht kannte, weil er schon lange vor dem 15. Juli gestorben ist.

Fesseln für die Arbeiter.

Dem Staat stark machen, heißt Polizei und Heer mächtiger machen, damit im Notfall die Gesetze der Unternehmer mit Waffengewalt durchgesetzt werden können.

In allen Gemeinden und Städten Oesterreichs, wo die Regierung es als nützlich erachtet, wird die Herrschaft der Schöberpolizei errichtet werden und die Gemeindeväter müssen dort binnen drei Monaten verschwinden (in Wien hat die Sozialdemokratie das „Recht“, über eine etwas längere Frist reden zu dürfen).

Droht eine Störung der Ordnung, (z. B. eine Arbeiterdemonstration) in irgend einem Orte Oesterreichs, wo die Schöberpolizei nicht ständig sein will, so kann sie, auch gegen den Willen der Landesregierung, sofort dorthin kommen, darf eigenmächtig alle Anordnungen, die nicht gerade gesetzlich verboten sind, treffen (z. B. daß das Mitführen roter Fahnen, das Singen von Liedern, das laute Rufen usw. verboten sei) und jeden, der dagegen aufmuckt, mit 14 Tagen Arrest bestrafen. Das Bundesheer darf jeden, der sich ihm widersetzt, erschießen; bei Kubeführungen (z. B. Streiks) wird es selbständig einschreiten.

Das ist mit den Stimmen der Sozialdemokraten Gesetz geworden. Sind das nicht brave Kinder? Bringen selbst den Kochlöffel, mit dem sie geprügelt werden sollen!

Daß das Sammeln von Munition, Sprengmitteln und Schießwaffen, die Straßen- und Verkehrs Polizei, das Theater- und Kinowesen, die Ueberwachung öffentlicher Schaustellungen, Darbietungen und Aufstellungen vollkommen in die Hand der Regierung, d. h. in die Hand

der Polizei gelegt werden, ist für die Sozialdemokratische Partei so nebensächlich, daß sie darüber gar nicht spricht.

Der Druck der Heimwehr.

Wer den Staat stark machen will, der muß ihm auch die Heimwehr lassen. Denn der Staat braucht sie ja um seine Wünsche durchzusetzen. Und daß die Heimwehr z. B. in dieser Verfassungsfrage dazu getaugt hat, das gesteht ja auch die Arbeiterzeitung vom 7. Dezember 1929: „Vor wenigen Wochen haben die Jesuiten gedroht: Wenn die Sozialdemokraten nicht annehmen (nämlich die Verfassungsvorlage der Regierung, Anm. d. Red.), ... dann werden wir zu den Waffen greifen, um unseren Willen zu diktieren“, und in demselben Artikel: „Wir haben es getan (nämlich die Verfassungsänderung ermöglicht, Anm. d. Red.), um im Interesse der Menschlichkeit die Zuspitzung der Gegensätze bis zum blutigen Bürgerkrieg zu verhindern.“

Die Regierung wäre doch offenkundig unglücklich, wenn sie auf so energische Helfer wie die Heimwehren verzichten würde: helfen sie doch, den Staat zu stärken. Kemmer hat ja auch diesen Zweck vor Augen: „Niemand hat mehr Interesse an einem starken Staat ...“ Und wer den Zweck will, der muß auch die geeigneten Mittel wachen:

Deshalb steht mit Zustimmung der Sozialdemokraten in der Verfassung, daß die bürgerliche Nationalratsmehrheit das Recht hat, Wackkörper zu errichten (damit sind die Heimwehren gemeint), sie zu bewaffnen und ihnen das Recht zum Waffengebrauch zu geben. Selbstverständlich müssen diese Heimwehr-Wackkörper vom Staate entlohnt werden.

Die Sozialdemokratische Partei tröstet sich damit, daß die Heimwehr so lange nicht schwingen wird, als die Wünsche des Staates (d. h. der Unternehmer) befriedigt werden. Und daß diese Befriedigung erfolgt, dafür wird die Sozialdemokratische Partei jeweils schon dadurch sorgen, daß sie „im Interesse der Menschlichkeit“ das letzte Hemd des Arbeiters opfern wird, das heißt, so lange es sich der Arbeiter gefallen läßt.

§ 14 — Wirtschaft.

Die Regierung ist der Meinung, daß es genügt, wenn die Nationalräte nur durch sechs Monate im Jahre Gesetze beschließen. Dazu schreibt die Arbeiterzeitung vom 7. Dezember 1929 freudstrahlend: „Das ist jedenfalls besser als der jetzige Zustand, wo der Nationalrat zwar immer tagt, aber trotzdem die Zeit recht oft verjettelt hat.“ Es wurde auch beschlossen, den Nationalräten jährlich 6 Monate Urlaub zu geben — begablich natürlich. Es ist geradezu wunderbar, daß die Sozialdemokraten das nicht als einen sozialpolitischen Erfolg ausposaunen.

Nun sieht es aber der Staat als einen offenkundigen, nicht wieder gutzumachenden Schaden an der Allgemeinheit an, wenn z. B. wie in Sittendorf oder Steckerau, Arbeiter, Heimwehler aus dem Betrieb werfen und diese Betriebe wochenlang stillliegen müssen, bis diese frechen Regierungsaufstiege wieder binninkommen. In solchen Fällen muß aber ein starker Staat z. B. ein Antiterrorgefetz erlassen können, auch wenn der Nationalrat nicht versammelt ist. Die Regierung braucht also ein Notverordnungsrecht. Erinnern wir uns, was die Arbeiterzeitung schrieb: „Das ist besser, als wenn, wie jetzt, der Nationalrat recht oft Zeit verjettelt.“ Es wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten folgendes beschlossen:

„Wenn die sofortige Erlassung von Maßnahmen zur Abwehr eines offenkundigen, nicht wieder gutzumachenden Schadens für die Allgemeinheit zu einer Zeit notwendig wird, in der der Nationalrat nicht versammelt ist ... kann der Bundespräsident auf Vorschlag der Regierung diese Maßnahmen durch vorläufige Verordnungen treffen.“

Diese Verordnung darf aber Verfassungsbestimmungen nicht abändern und keine finanzielle Belastung von Bund, Land, Gemeinde oder Staatsbürgern bringen. Es kann also durch eine derartige Notverordnung wohl aber ein Antiterrorgefetz, ein Gesetz zur Anhebung der Preise, die Zwangsschlichtung bei Streiks, die Auflösung von Gewerkschaften usw. beschlossen werden. „Da sind dem Notverordnungsrecht wohl alle Gefährlichkeiten entwunden“ jubelt die Arbeiterzeitung vom 7. Dezember 1929, weil nämlich der Mieterschutz usw. durch Notverordnung nicht abgeschafft werden kann, da dadurch eine finanzielle Belastung der Staatsbürger entstände.

Die Notverordnung wird vorgeschlagen von der bürgerlichen Regierung, der bürgerliche Bundespräsident beschließt sie im Einvernehmen mit dem Hauptauschuß des Nationalrates, in dem eine gesicherte bürgerliche Mehrheit sitzt. Der Bundespräsident muß nun den Nationalrat binnen 3 Tagen einberufen, damit er dazu Stellung nehmen kann, kann ihn aber noch vor seiner Zusammenkunft auflösen, so daß er gar nicht dazu kommt, „Stellung zu nehmen“. Dazu schreibt die Arbeiterzeitung vom 7. Dezember 1929: „Daß man einem vom ganzen Bundesvolf gewählten Präsidenten größeres Befugnisse geben muß, ist klar.“

Der neu erwählte Nationalrat könnte erst zwei Monate nach seiner Auflösung zusammentreten.

Sprechen die Sozialdemokraten gegen die Notverordnung, so wird die bürgerliche Mehrheit sie trotzdem beschließen, werden sie aber Obstruktion machen gegen einen derartigen Beschluß, so hilft das auch nichts, denn erfolgt binnen 4 Wochen nach der Einberufung des Nationalrates kein Beschluß, so ist die Notverordnung in Gesetzgestalt erzwungen.

Gegen eine Notverordnung ist also kein „gesetzliches“ Braut gewachsen und zu Notverordnungen wird es kommen, wenn die Sozialdemokraten Obstruktion treiben.

In der Erkenntnis, daß sie eben auf Obstruktion verzichten werden, stimmten die Sozialdemokraten zu. Sich selbst fesseln ist der schönste Sieg.

Etwas für die Arbeitslosen.

Die J. B. A. hatte vor Jahren schon eine großzügige Aussteuerungsmethode entdeckt: Beim Schalter wurde dem „Gemeinsenden“ mitgeteilt, daß seine Unterstützung zu Ende sei und dann flog der Schalter heftig zu. Klöpfen nützt nichts und der Prolet eilt angestrichelt zur J. B. A. „Ohne Dienstzettel wird niemand vorgelesen.“ Der geduldige Arbeitslose holt einen Dienstzettel und ist schon wieder da. „Keine Amtskunden heute, kommen Sie übermorgen.“ Übermorgen ist er da, pünktlich wie der Tod. Ihm ist bang um seine Unterstützung, er weiß nicht, warum sie ihm plötzlich entzogen wurde. Aber da fehlt wieder sein Akt, der ist bei der Arbeitsvermittlung. Und als schließlich alles schön beisammen ist: zuerst der Akt natürlich, dann die J. B. A. und schließlich der ungeteuten, ewig drängende Prolet, — da war die Rechtsmittelfrist gegen den willkürlichen Entzug längst vorüber. Der Einspruch an die Schiedskommission, die Beschwerde an die J. B. A. wurden, als verpölet, abgewiesen, der „Gemein“-fichtige war ausgesteuert. Tausenden ging es so.

Der vom Arbeitslosen angerufenen Verwaltungsgerechtigshof hob ein derartiges Verfahren in der Regel mit der Begründung auf, daß der Beschreib über den Entzug nicht schriftlich gegeben worden sei, so daß dem Arbeitslosen die Rechtsmittelfrist, die in dem Beschreib bekanntzugeben werden muß, nicht bekannt wurde und somit das Verfahren nichtig sei. Die J. B. A. mußte nun mit dieser Methode aufhören, konnte sie zumindest in großem Maßstabe nicht mehr fortführen.

Eine Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes ist nun in derartigen Fällen nicht mehr möglich. Die J. B. A. wird nun wieder die juristisch Unschönen aussteuern können und keine schriftlichen Bescheide geben.

Der Ausgesteuerte wird sich schon mit dem schriftlichen Bescheid der Arbeiterzeitung vom 7. Dezember 1929 trösten müssen: „Wir haben es getan (nämlich die neue Verfassung erzwungen, Anm. d. Red.), um im Interesse der von der Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter- und Angestellten die Wiederkehr der Ruhe im Lande zu ermöglichen.“

Bei den Ausgesteuerten dürfte das wohl eine Friedenssaube werden.

Auch für die öffentlichen Angestellten eine „Kleinigkeit“.

„Ein Staatsbeamter hat zwar nichts, aber was er hat, das hat er sicher“ sagt Kestrov.

Das jetzt konnte sich jeder öffentliche Angestellte wegen Verletzung der aus dem Dienstverhältnisse entspringenden Rechte an dem Verwaltungsgerechtigshof wenden. Das darf nun — mit Zustimmung der Sozialdemokraten — nicht mehr geschehen.

Kestrov hat unrecht. Die Sicherheit ist dahin. Nur die Sicherheitspolizei ist sicher, mit ihr niemand.

Hunderte solcher „Kleinigkeiten“

gibt es in der neuen Verfassung. Wir können aus Kaummangel nur auf die wichtigsten Bestimmungen eingehen.

Der Nationalrat unter Kuratel.

Ein halbes Jahr lang darf er tagen, aber keine Obstruktion treiben, sonst löst ihn der Herr Bundespräsident auf oder es kommt die Heimwehr und droht mit Prügel, so daß im „Interesse der Menschlichkeit“ auf den Widerstand verzichtet wird.

Während der anderen Hälfte des Jahres sitzt er während seines bezahlten Urlaubes in der ständigen Gesellschaft, daß die Regierung im Notverordnungswege sein Recht, Gesetze zu beschließen, übernimmt.

Die Regierung wird nicht mehr von ihm gewählt, sondern vom Herrn Bundespräsidenten ernannt.

Einberufen und aufgelöst wird er ebenfalls von seinem Herrn, dem Bundespräsidenten.

Das Recht des Nationalrates, Steuern zu beschließen und Ausgaben zu erlauben, ist insofern beschränkt, als, wenn er das Regierungsbudget nicht bis zum Jahresende genehmigt, die Regierung das Recht hat, durch zwei Monate hindurch weiterhin so zu wirtschaften wie im abgelaufenen Jahr. Früher haben die Sozialdemokraten diese Gelegenheit benützt, um Forderungen durchzusetzen, denn wenn das Budget nicht rechtzeitig beschlossen worden wäre (und das konnte durch Obstruktion erreicht werden), hätte die Regierung nach Jahresfluß weder Steuern einheben noch Ausgaben machen dürfen. Das geht nun nicht mehr.

Der Nationalrat hatte bisher einen bestimmenden Einfluß auf die Ernennung der Mitglieder des Verfassungs- und Verwaltungsgerechtigshofes. Jetzt nicht mehr.

Das sind Neuerungen, die mit Zustimmung der Sozialdemokraten erfolgt sind.

Die Arbeiterzeitung vom 7. Dezember 1929 stottert: „Wir haben nichts zugestanden, was die Macht der Partei der Arbeiterklasse an irgend einem wichtigen Punkte gefährden könnte.“

Regierung und Bundespräsident

können heute sagen: „Der Nationalrat hat unumschränkte Herrschaft, wenn er das tut, was wir wollen.“

Die Abbrüstung des Schutzbundes.

Kenner genügt das alles noch nicht. Er ist weiterhin besorgt um die Stärkung der Staatsmacht und sagt in seiner anfangs erwähnten Parlamentrede: „Die tatsächliche Sicherheit der Autorität der Staatsgewalt ist darin gelegen, daß nur eine Exekutive (staatliche Vollzugsgewalt, Anm. d. Red.) besteht. Wir haben aber am 7. Oktober in Dr. Neustadt gesehen, daß drei Armeen aufmarschieren, daß wir eine dreifache öffentliche Gewalt haben. Darum ist eine Verfassungsfrage wichtiger, als alle anderen, und das ist die Abbrüstung.“

Kenner — und mit ihm die Sozialdemokratische Partei — meint also, daß es besser wäre, wenn der Schutzbund aufgelöst würde und daß das, was der Schutzbund macht, von der Schoberpolizei besser gemacht wird. Er sieht im Schutzbund nur ein Vollzugsorgan der Schoberregierung!

Und was sagen die Arbeiter?

Das jetzt hat noch keiner aufgemerkt!

Wunde um Wunde und was zugefügt, unsere Arbeitslosen essen bitteres Brot, unsere Väter hungern noch immer im Alter, unsere Löhne sind gering und werden immer ärmerlicher.

Und die Partei sorgt sich um den Staat, um diesen Hütel des Profits, um den Schädel der Judassee, der Helmschirm.

Arbeitsloser! Sorgen wir für uns selbst!

Tragen wir den Gedanken des revolutionären Hasses von Mann zu Mann, von Werkstatt zu Werkstatt. Aus der großen Masse der sozialdemokratischen Arbeiter heraus, aus jenem Kern, der unzählige politische und gewerkschaftliche Schlächtern geschlagen hat, muß der Widerstand gegen eine inoffizielle Politik der freiwilligen Unterwerfung geführt, sonst werden wir mit politischer Enttötung, mit wirtschaftlichem Zwang, mit geistiger Unterdrückung, Ziel für Ziel in ein erbärmliches Jammerdasein geschlagen.

Die Armee der 500.000.

Alljährlich bringt der Telegraph Nachrichten aus Axiens Kiewenterritorium über Hungernot. Die westeuropäische Bourgeoisie schenkt diesen Ereignissen kaum so viel Aufmerksamkeit als dem täglichen Wetterbericht. Warum sich auch den Kopf zerbrechen über die Hungernot in Axiens, sagt sich das Bürgertum, wo doch bei uns die Hungernot eine Dauererscheinung ist. Der Unterschied zwischen der Hungernot in Axiens und der im kultivierten Europa besteht darin, daß sie dort durch „Naturereignisse“ hervorgerufen wird, und bei uns eine von „Vollgewollte - Geißel“ ist. Wer kennt nicht das Gend der Heber, die Vermichtung mehrerer Generationen durch die 16-Stunden-Weeks, die Nacharbeit für Frauen und Kinder in der frühjahrlichsten Periode.

Aber auch die Prosperitätsperiode des Kapitalismus, jene Periode bis zum Weltkrieg, war oftmals von Hungernot und Krisen unterbrochen. Zum Unterschied der Krisen in der Vorkriegszeit, die abgeblüht wurden von jahrelang andauernden Konjunkturperioden, verbunden mit einer sich immer erweiternden Produktionsbasis, sind die Krisen des Nachkriegskapitalismus eine latente Erscheinung, die nur teilweise von einer Konjunktur unterbrochen werden, wobei die Produktionsbasis ständig eintrumpft. Der mächtige, an Kohlen reiche amerikanische Kapitalismus steht mit seinem europäischen Vorkriegsneffe im Konjunkturkampf. Englands Arbeitslosenarmee übersteigt eine Million. Die Hungernot bei den englischen Bergarbeitern dauert schon seit 1924.

Häufig steigt die Zahl der Arbeitslosen. Circa 170.000 unerschäftete Arbeitslose, 11.000 Altersrentner und ungezählte tausende, die keine Unterstützung beziehen, das ergibt rund 200.000 Arbeitslose. Nach einer Berechnung der „Neuen Wiener Presse“ sind die Familienangehörigen eingerechnet, in Österreich 500.000 Menschen von der Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffen.

Der Herd des Elends ist das Wiener-Neustädter Industriegebiet. In den Schiller-Wedmann-Stahlwerken sind fastgearbeitet, die Siggis Lokomotivfabrik beschäftigt um noch 150 Arbeiter. Die Vereinigten Stahlwerke A. S., eine Fusion der „Nobels“, steht vor dem Zusammenbruch. In den Metall- und Maschinenfabriken des Triestingtales hat die ebenfalls schlechte Beschäftigung noch mehr nachgelassen. Ähnlich ist die Lage in Oberösterreich.

Hauptsächlich ist der Zustand in der Textilindustrie. Zu berücksichtigen Mautner-Mautners, der vor Jahren noch eine Zentrenfabrik genoss, stellt die Produktion völlig ein. In Potendorf sind von 1000 Arbeitern im vorigen Winter jetzt nur noch 600 beschäftigt. In der übrigen Textilindustrie stehen die Betriebe der Vereinigten Spinnereien und Webereien in Trümmen und Wramalmühl-Maximilien vollständig. Der große Erbacher Betrieb steht ebenfalls still. Die Firma Nagler und Pöcher in Lichtentersbach steht vor der Einstellung. Obwohl die Arbeiter in einigen Betrieben angeworben wurden, an drei Werkstätten gleichzeitig zu arbeiten (wo war die Zwecklichkeit?), geht es diesen Betrieben nicht besser. In Potendorf ist die Zahl der Arbeitslosen von 750 im Jahre 1927 auf 2221 im November 1929 gestiegen.

Die Katastrophe in der Textilindustrie ist nur die Auswirkung des durch die Teuerungswelle verursachten Sinkens der Kaufkraft

der Massen. Die Arbeitslosenarmee ist vom Arbeitsmarkt völlig ausgeschaltet und die im Betrieb verbleibenden Arbeiter sind mit den bestehenden Löhnen außerstande, ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Die sozialdemokratische Presse bemüht sich, die Katastrophe auf den Zusammenbruch der Bodenrentenanstalt und die Hungerkriegsprophezie zurückzuführen. Sie ruft nach Wirtschaftspolitik und Verständigung. Das sind zwei Schlagworte, die leider nur noch von der Arbeiterchaft ernst genommen werden. Die Bourgeoisie weiß, was sie von diesen Schlagworten zu halten hat. Auf weissen Köpfen sind seit zehn Jahren verhandelt und auf weissen Kassen die Folgen der Wirtschaftskrise mit voller Wucht? Sind es nicht die Arbeiter selbst, die in Perioden der Beschäftigung beschneiden mit Hungerlöhnen weiterarbeiten und in Zeiten der Krise ihre Arbeitsleistung noch steigern (drei Wechsellöhne) und so ihren Kollegen in den Rücken fallen? Sind es nicht die Arbeitslosen selbst, die dem Betrug vom Aufbau der Wirtschaft, dem Schmelzen von besseren Zeiten glauben schenken und ihr Los geduldig tragen? Und weil sich die ganze Arbeiterklasse die Schaberische Diktatur-Verfassung aneignen ließe, so kann die „N.-Z.“ vom 7. Dezember ruhig schreiben:

„Wir haben es getan, um im Interesse der von der Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter- und Angestellten die Wiederkehr der Ruhe im Lande zu ermöglichen, die die Voraussetzung der wirtschaftlichen Gesundung ist, und um im Interesse der Menschlichkeit die Zustimmung der Gewerkschaften bis zum blutigen Bürgerkrieg zu verweigern.“

Aber schon am 10. Dezember muß die „N.-Z.“ sich der Lüge begeben, indem sie schreibt:

„... denn sie allein genügt nicht, der Republik den Frieden wiederzugeben. Nur wenn die Beschäftigung über die Verfassung hinweg, solange ihre wirtschaftlichen Wirkungen auf das Volk andauern, zu weiterer Maßregeln ausgenutzt wird, die wirklich unser öffentliches Leben ummilitarisieren, es nämlich von der ständigen Gefahr gewalttätiger Zusammenstöße befreien würden, nur dann wären die schweren wirtschaftlichen Leiden, die der Verfassungstempel dem Lande gekostet hat, gerechtfertigt. Die Arbeiterchaft darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß uns nach wie vor ein von Abenteurern geführter, von den Markthäufigsten subventionierter, ist: bewaffneter Feind gegenübersteht.“

Nur Schober-Verfassung will die SP. nicht, die Entmilitarisierung, d. h. Aufhebung des Schutzbundes und die Entwaffnung der Heimwehren.

Wird ein Beitrag? Die neue Verfassung gibt der Regierung jederzeit die Möglichkeit, die Heimwehren zu bewaffnen.

Der Arbeiterklasse läßt die SP. vor, für die Verfassung; guttun zu haben, „um der von der Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiterchaft“ zu helfen. Den 500.000 Arbeitslosen sagt sie drei Tage später, daß die Arbeiterchaft „schwer bewaffneten Gegnern gegenübersteht“ und den Arbeitslosen nur zu helfen ist, wenn „entmilitarisiert“ wird.

Die Arbeiterklasse wird solange betrogen werden, als sie nicht selbst ihr Schicksal in die Hand nimmt, d. h., sie muß anführen, sozialdemokratisch zu denken und zu glauben. Sie muß revolutionär denken lernen.

Arbeiter, merkt ihr was?

Ein bemerkenswertes Vorgehen in der Starkstromindustrie.

In den Siemens-Schudert-Werken, Erzherzogthum Steiermark, Freitag, den 6. Dezember, also einen Tag, bevor die neue Verfassung Gesetz wurde, folgender Anschlag: „Das Verschleifen und Verreisen von Zeitungen, Zeitdrücker, Druckarten, Druckmaschinen, Zeitweber, und behindert ob bezahlte oder unbezahlte, im Betrieb ist verboten. Zuwiderhandelnde werden mit Entlassung bestraft. Für die Direktion der Siemens-Schudert-Werke: Schiller.“

Samstag war dieselbe Andmahnung im Schwesterbetrieb in der Leopoldsdorf zu lesen.

Die Siemens-Schudert-Werke sind keine unbedeutende kleine Luchse. Sie sind ein Betrieb, der maßgebend ist für die ganze Starkstromindustrie. Die Starkstromindustrie aber spielt bekanntlich keine unwichtige Rolle innerhalb der gesamten Metallindustrie.

Es handelt sich hier also nicht um eine einzelne Betriebsangelegenheit, die auf die Siemens-Schudert-Werke beschränkt ist und beschränkt bleiben wird, sondern um weit mehr.

Wacht ihr Arbeiter, wohnt der Streich nicht? Die Verbreitung der Gewerkschaftspresse, der Arbeiterpresse überhaupt, damit aber auch eine wichtige Form der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung, soll unmöglich gemacht werden.

Es ist ein Schritt, und ein wichtiger Schritt weiter auf dem Wege, das schon stark durchsicherte Know-how der freien Gewerkschaften im Betrieb zu brechen, den Welschen das Einbringen zu erleichtern, die Arbeiter zu entmündigen, ein Stein mehr, und ein entscheidender, den Juchtaus-Betrieb auszubauen.

Die gewerkschaftliche Presse ist heute keine revolutionäre Presse. Die „Arbeiter-Zeitung“, die heute in vielen Betrieben „obligatorisch“ ist, macht sich nicht die

Aufgabe, die Arbeiter zur Revolution zu führen, sondern sie haben abgehört. Es ist tatsächlich so, daß heute tausende Arbeiter nicht aus freiem Willen, nicht aus Überzeugung Mitglieder der Gewerkschaften sind, die ihnen nichts mehr bieten, Abnehmer der „Arbeiter-Zeitung“, die ihnen nichts mehr zu sagen hat, sondern gezwungen.

„Also mühte man doch einen Erfolg bezugnehmend, der es den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie künftig unmöglich macht, die Betriebsarbeiterchaft unter Druck zu legen?“

Nein und nochmals nein!

So können nur Leute sprechen, die noch nicht die einfache Wahrheit begriffen haben, ohne die man sich weder um noch in der Politik orientieren kann, nämlich: daß jedes Ding zwei Seiten hat.

Um diese zweite, wesentliche Seite der Sache zu begreifen, muß man fragen: Was bezweckt die Direktion der Siemens-Schudert-Werke mit ihrem Entschluß? Will sie verhindern, daß die Arbeiter sich künftig durch ihre Gewerkschaftspresse vom klumpen zurückhalten lassen, daß sie durch die „Arbeiter-Zeitung“ in ihren passivsten Illusionen befristet werden? Dagegen hat sie durchaus nichts. Wohl aber hat sie, wie alle klassenbewußten Unternehmer etwas dagegen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ lesen, die, wenn sie auch noch so sehr von der Wildheit der kommenden Teuerungstakt durchdrängt sind, doch wirklich schreiben, daß sie Gewerkschaften angehören, die, wenn sie auch einseitig feste Stützen der bürgerlichen Ordnung sind, doch noch nicht aufgehört haben, Gewerkschaften zu sein. Denn mühen diese reformistischen Gewerkschaften heute auch noch so schändlich vertragen, die Unternehmer wissen sehr gut — viel besser als viele Arbeiter — daß sie trotz alledem, solange sie bestehen, nicht anführen können, ein wenn auch schwaches Hindernis gegen unbeschränkte Unternehmerwillkür im Betrieb zu sein.

Was uns Arbeiter schreiben.

Schugbündelpell in der Grazer Industriehalle.

Teshalb geben sie bewußt und zielklar darauf aus, das Monopol der freien Gewerkschaften im Betrieb zu zerschlagen, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen und so den Weg für unbeschränkte Ausbeutung freizumachen.

Und der Utschlag, mit dem Siemens-Schneider vorangeht, ist kein unwichtiger, sondern ein sehr entscheidender Schritt auf diesem Wege.

Daß er jetzt in den Tagen der Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht wird, in der die „Verfassungsreform“, wie die „A.Z.“ sich so besitz ausdrückt, im Parlament beschloffen wurde, ist durchaus kein Zufall. Ist doch eben diese Verfassung das Schild, das die Offensive der Unternehmer gegen, jeden Widerstand der Arbeiterschaft unmöglich machen soll.

Der Schanplatz, wo sich der erste Akt des Dramas, zu dem die Annahme der Verfassung im Parlament das einleitende, aber entscheidungswolle Vorpiel bildete, abspielen wird, sind die Betriebe. Hier gilt es jetzt.

Das Ende des sowjet-chinesischen Konfliktes.

Am 27. November hat die Regierung von Moskau die Forderung der Sowjetregierung akzeptiert und die Durchführung des Vertrages von 1924 versprochen. Die erfolgreiche Liquidierung des sowjet-chinesischen Konfliktes ist ein bedeutender Erfolg der Sowjetrepublik, er wird zur Stärkung der Oktoberrevolution im eigenen Lande und zu einer Steigerung des Ansehens der Sowjetunion im fernen Osten führen. Gefährlich wäre aber die Illusion, daß das Ende des sowjet-chinesischen Konfliktes die Gefahren, die der Sowjetrepublik im fernen Osten drohen, beseitigt. Die Moskauer Regierung hat kapituliert, die Kwantung-Regierung hat dieser Kapitulation zugestimmt; nicht, weil sie militärisch eine schwere Niederlage in der Mandchurien erlitten haben; es war von Anfang an klar, daß die militärische Kraft Chinas nicht ausreicht, einen Feldzug gegen die Sowjetrepublik zu führen. Die ganze Propagandapolitik der chinesischen Konterrevolution war darauf aufgebaut, daß sie sofort und weitgehend die militärische Unterstützung des Weltimperialismus finden werde. Die tiefen, inneren Gegensätze im Imperialismus haben es im sowjet-chinesischen Konflikt noch verhindert, daß dieser Konflikt der Ausgangspunkt für einen Intentionsterror gegen die Sowjetunion wurde. Nicht mit Unrecht befürchtete Amerika und auch England, daß der eigentliche Ruhm dieser letzten Feldzuges — Japan werde, zumindest in der ersten Phase des Krieges; japanische Interventionstruppen hätten nur mit Gewalt aus der Mandchurien entfernen können. Die eroberte ost-chinesische Bahn wurde sehr rasch aus den Händen der Moskauer-Regierung in die Japans übergehen und damit die Machtposition Japans im fernen Osten außerordentlich stärken.

Weber Amerika noch England halten es gegenwärtig für opportun, den Weltkrieg zu entzweigen. Noch sind die imperialistischen Gruppierungen nicht abgeschlossen, noch sind die Massen Europas, befangen in pazifistisch-demokratischen Gedankengängen, nicht genügend ideologisch vorbereitet für den neuen Weltkrieg.

Das schwache Regime Tschangkaichs, das gehofft hatte durch seine Abenteuerpolitik, seine Macht den imperialistischen Brolettoren gegenüber zu demonstrieren und ihre Hilfe gegen die Sowjetunion zu erlangen, wurde von den imperialistischen Mächten sich selbst überlassen.

Innerhalb 24 Stunden, nachdem sie die imperialistischen Mächte um Intervention angefleht und keine positive Antwort erhalten hatte, kapituliert die Kwantung-Regierung.

Das mandchurische Abenteuer hat die Krise der chinesischen Konterrevolution verschärft. Der Kampf innerlich der Konterrevolution (Lichantaisch-Üng-Tschangkaichwei) erschütterte die kontrapartitische Militärstruktur Tschangkaichs. Die wirtschaftliche Krise wuchs, die allgemeinen Zerfallserscheinungen äusen sich.

Nichts aber ist falscher, als die Behauptungen mit denen die das Ethik (Gesellschaftliche der kommunistischen Internationalen) die Kommunistischen Parteien betrugt: Der neue revolutionäre Aufschwung der proletarischen Revolution habe bereits begonnen. So schreibt die Berliner „A. Z.“ vom 29. November: Die Position der Kwantungregierung ist infolge des Generalskriegs und vor allem infolge des wasserhellen Aufschwungs der Arbeiter- und Bauernrevolution in der Welt erschüttert.

Dieser Aufschwung ist nicht vorhanden. Alle Kräfte sind in steigende Aktivität der proletarischen Massen in den industriellen Zentren (Shanghai, Hankau, Kanton usw.), Streikwellen, Bauernaufstände — fehlen noch. Dafür wurde ein „Mittelweg“ geschaffen: Der abenteuerliche Feldzug der Kuomintang (5000), die in der Provinz Kwangtung mehrere Bezirke legt hält.

Der Uebergang zu den Methoden des „Kleinriegs“ in der gegenwärtigen Situation, wo die proletarischen Massen noch nicht in Bewegung geraten sind, wo die K. P. Chinas noch keine, aus allen Wunden blutende Partei ist, wo die Kuomintang noch in dumpfer Vethargie verfallen — schwächt die chinesische revolutionäre Bewegung und isoliert sie und zerschlägt die kommunistische Partei.

Den letzten Nachrichten zufolge ist Lichantaisch zurückgetreten; es ist wahrscheinlich, daß an die neue Regierung die „linke“ Komintang starken Anteil haben wird. Möglicherweise wird er Führer Kuomintang, die Präsidienfunktion übernehmen. Gleichwohl wird sie versuchen, Kanton, das heretis in ihren Händen (Kuomintang) zu einer Basis aufzubauen. Es ist daher gerade jetzt, wo Millionen Bauern, kleinbürgerliche Elemente und auch Arbeiter, noch Illusionen, bezüglich der linken Kuomintang haben. Notwendig durch den Kampf für demokratische Forderungen die Massen zu mobilisieren und sie in der linken Kuomintang schlagfertig und damit die Voraussetzung zu schaffen, daß die Krise der bürgerlichen Konterrevolution abgelöst wird von einem revolutionären Aufschwung, von einer proletarischen Revolution.

Die Grazer Schugbündelleitung hatte für Sonntag, den 1. Dezember, einen Appell angeordnet, zu dem aus Graz und Umgebung 3000 Mann erschienen. In der Industriehalle hielt dann General Köster im Namen der Zentralleitung eine Ansprache, in der er ausführte, das Bürgerturn hätte versucht, durch Ausstellung bewaffneter Formationen der Arbeiterschaft die Verfassungsreform aufzudrängen; nur dem Schugbund sei es zu danken, daß Verhandlungen geführt wurden. Um 11 Uhr marschirten die Formationen von der Industriehalle über den Opernring zur Kernpostbarade. Dort begrüßte sie Landesrat Maschold, der sagte, daß es den Heimwehren nicht gelinge, ihre Verfassung durchzuführen, sondern daß den Sozialdemokraten be-

deutende Zugeständnisse gemacht werden müssen. Die Züge marschirten dann geschlossen von der Kernpostbarade in die einzelnen Bezirke ab. Am Opernring hatten kleine Gruppen von Heimatschützern Aufstellung genommen, die durch fortwährendes Heilgebrüll die vorübermarschierenden Arbeiter provozirten. Es kam zu mehreren Zusammenstößen, bei denen ein Heimatschützer leicht verletzt wurde. Polizei griff dann ein und zerstreute die Arbeiter.

Wir in dieser Nummer an anderer Stelle noch genauer ausführten, sind die Tatsachen doch anders, als es die Schugbündelführer den Grazer Arbeitern weismachen wollten.

Heimatschützüberfall im Grazer Gemeindehaus, Raufengasse 22.

Sonntag, den 24. November 1929, kam es in dem Gemeindehaus in der Raufengasse, zu einem Ueberfall auf den Heimatschützer Karl Feschner. Der Stagenarbeiter und Heimatschützer August Reber (gem. Sozialdemokrat, der dann der Eisner-Gruppe und dem unpolitischen Gemeindefreierverband angehörte) schlug mit einem Gestrang meuchlings von rückwärts den Heimatschützer Feschner nieder. Feschner ist Sozialdemokrat, wurde in beschüttem Zustand nach Anlegung eines Pforterbandes ins Landesstranthenhaus gebracht. Reber wurde auf die Wachtstube Gries geführt, wieder freigelassen und von der Polizei in seine Wohnung geleitet. Als die Polizei den Heimatschützer und Klassenkollaborator zurückschickte, gerieten die Hauspartei in juchende Erregung. Die Parteien fordernten seine Verhaftung. Obwohl der Heimatschützer Reber einen Arbeiter niederzuschlug, erklärte die Polizei: „Wir haben keinen Auftrag.“ Dagegen hätte die Polizei den Ueberfallenen sofort in Haft genommen, wenn Feschner nur mit dem Gestrang den Heimatschützer gedroht hätte. So läuft Reber frei herum, und werden noch Polizisten zu seinem Schutze beigezogen, damit er besser Arbeiter niederzuschlagen kann. Am nächsten Tag, Sonntag den 25. November hat die Polizei das Gemeindehaus besetzt, vor dem Haus, auf der Straße, auf jedem Gang, auf den Stiegen und vor der Wohnung des Heimatschützers waren Polizisten postiert. Niemand durfte aus der Wohnung gehen und sich auf dem Gang aufhalten. Wieder trat die Erregung auf Grund dieser Provoation. Die Arbeiter fordernten den Weg der Polizei und protestirten gegen die Einschränkung der persönlichen Freiheit. Daraufhin wurden die Parteien von der Polizei mit gezogenem Gewandmittel in der Hand, in ihre Wohnungen getrieben. Die Polizei rief: „Wenn Ihr nicht in die Wohnungen geht, werden wir in diesem Haus noch aufträumen mit dem roten Fingel.“ Es war eine Panik, die Frauen und Kinder weinten, schrien in ihrer Angst und Aufregung. Wo ein Arbeiter sich entsetzte über die Brutalität der Polizei, drang man in seine Wohnung ein und drohte mit der Verhaftung. Einen schwer Kriegesbeschädigten der noch Ruhe verlangte, schrie der Polizist an: „Wenn Sie nicht ruhig sind, werden wir Sie verhaften.“ Die Arbeiter schrien: „Auf den Schermerwallen haut Ihr, den könnt verhaften, den Heimatschützer nicht.“ Der Zwangsbesatz betam in seiner Erregung einen Herzkrampf und mußte

weggetragen werden. Nachdem die Polizei alle Hausparteien in ihre Wohnungen getrieben hatte, drang eine Gruppe von Heimatschützern in das Gemeindehaus ein, konnte unbemerkt, trotz Protest der Arbeiter, unter dem Schutze der Polizei aus und eingehen wie sie wollten, um die Arbeiter aufs Neuzerke zu reizen. Die Situation war schon auf Siedehitze angelangt, die Hauspartei entschloß sich zu wehren. Die Hauspartei waren durch das Eindringen der Heimatschützer in ihrer persönlichen Sicherheit und Freiheit aufs äußerste bedroht. Die Frau des Heimatschützlers Reber hatte schon öfters die Arbeiter, wenn sie diese in Schugbündelform traf, provoziert, indem sie sagte: „Woi Schugbund.“ Es bildete sich von den Hauspartei eine Deputation und ging zum Bürgermeister Wenzig. Wenzig gab wohl der Deputation recht in ihren Ausführungen, aber es war ihnen nichts geholfen mit der Zustimmung allein, denn die Polizei hat noch immer die Wohnungen und das Haus besetzt.

Die Hauspartei verhandeln mit dem Parteisekretär der Sozialdemokratie, Stanek, auch Mühl war gekommen, aber die Heimatschützer ließen sich nicht hören. Stanek leistete sich dabei einen echt reformistischen Dreß, indem er sagte: „Wir könnten mit 50 Schugbündlern räumen, aber wir wollen nicht wegen dieses Heimatschützlers Reber ein Blutvergießen.“

Arbeiter! Nach dem Ausspruch Staneks, sollt ihr euch niederlegen lassen, denn wenn ihr euch wehrt, so kommt der Bürgerkrieg, folglich auch ein Blutvergießen. Wollt ihr warten, bis ihr in euren Wohnungen niedergeschlagen werdet? Ihr seht, die W.-Führer laffen euch im Stich, ihr müßt euch auf euer eigene Kraft stützen. Organisiert euch in Straßen- und Häuserabwehrformationen, fordert von der Gemeinde den sofortigen Abzug der Polizei, Kündigung der Wohnung des Heimatschützlers Reber wegen Ueberfall und Unruhestifterei, fordert vom Republikanischen Schugbund, daß, solange die Polizei und die Heimatschützer aus- und eingehen, auch der Schugbund im Hause zur persönlichen Sicherheit der Arbeiter anwesend ist.

Arbeiter, schließt euch zusammen, es steht euch das Recht zu, euch in euren Wohnungen, zu eurer persönlichen Sicherheit, wenn ihr überfallen werdet, mit allen Mitteln zu wehren.

Arbeiterkorrespondenz.

Hahnenschwanz-Bäckereien.

Am 11. und 12. November, bei der Wimpelweihe der Hahnenschwanzler am Freiheitsplatz hatten die Bäckerunternehmer von Graz, ihr edles, Weizenbrot, für eine Volksbewegung erbetet. Sie spendeten, um den Hahnenschwanzler die Kraft zu geben, mit allen im Stierbrot enthaltenen Kräften grüßet, die Arbeiter besser niederzulegen zu können, Brot und Schwitzschweiß gratis. Die Arbeiter aber bekommen nicht die Heberstunden bezahlt. Die Bäckergehilfen sind den größten Schützen ausgelegt.

Die Brotfabriken „Seid“, „Stierbrot“, „Fischer“, „Liebau“, „Bäcker Kaufmann“, Schönan sind die edlen Spender und sie wurden auch für diese edle Tat mit einer lebendigen Anerkennung von der reichlichen Heimatschützler besetzt. Der Unternehmer „Seid“ schimpfte die Arbeiter und den Schugbund „rote Hunde“.

Auch der Bäckermeister Liebl hatte sich am 11. und 12. hervorgetan, er konnte sich nicht fassen mit „heil!“ „heil!“ „heil!“

Arbeiter laßt euer Brot nicht bei den Arbeitermördern, trägt nicht euer Geld zu euren Feinden, sei nicht eure eigenen Feinde, damit ihr mit eurem Geld die Hahnenschwanzbewegung noch fördert.

Gimpel und Affen.

In der Baumwollspinnerei Weiß in Raindorf bei Leibnitz werden die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nur ausgebeutet, sondern auch auf das gemeinste beschimpft. Die Arbeiter müssen bei ihren schlechten Löhnen auch noch lachen. Die Spinnerrinnen und Zwirnerinnen verdienen in der Woche S 12.— bis S 18.—, Hilfsarbeiter S 21.— bis S 22.—, im Höchstfalle S 25.—. Familienmitglieder mit 8 bis 7 Kindern müssen von diesen Schandbroschen leben, zum Verhungern zu groß und zum Leben zu klein. Der Unternehmer Weiß, Herr Obermeister Riehl und der Meister Fehz, die Dreieinigkei, dieses laubere Rieblblatt hat es mit ihrer Intelligenz auf eine besondere Kulturfuß gebracht. Die Weiß und Fehz beschimpfen die Arbeiterinnen mit „Hurentramp“, „Saumenh“, Obermeister Riehl, ein Sadist, heißt die Arbeiter „Gimpel“, „Affen“ usw. Fehz und Riehl sind besonders betam in ihrer Art als Schiltseneure und Antreiber.

Arbeiter, wehrt euch gegen diese brutale und gemeine Behandlung. Arbeiter, laßt euch nicht länger auspressen wie eine Zitrone, organisiert euch und kämpft für bessere Behandlung, kämpft um höhere Löhne. Nur, wenn ihr euch wehrt, wird es möglich sein, diesen Herren zu zeigen, daß die Arbeiter keine Hunde sind. Ein Arbeiterkorrespondent.

Die Herren Heimwehrführer.

Saget uns wer euch führt und wie jagen euch moßin ihr geht. „Nieder mit den roten Bogen“, brüllen die Drahtzieher und Obermäher der Heimwehr und meinen damit — die Arbeiter. „Weg mit den Kriem, die sich aus Arbeitergebirnen müßten“ jagen die federgehörmierten Veltshämmel ihrer betörten und mit brutaler Gewalt zusammengeschalteten Herde vor und meinen damit — weg mit den Arbeiterorganisationen. — Wer aber sind sie selbst, diese „Befreier des Volkes“, diese „Erlöser von der roten Bogenherrschafft“ diese „Freunde der gedehnten Arbeiterkassett?“

Ein Beispiel unter sehr vielen: Am 1. Dezember fand die Hauptversammlung der Donawitzer Heimwehr statt. Dort wurden, wie die Grazer Tagespost zu melden weiß, auch die Aemter und Funktionen „belegt“. (Bitte zu beachten, „belegt“ nicht gewählt).

Als untergeordnete Mitglieder der einzelnen Ausschüsse werden Namen genannt, denen sich nicht ansehen läßt, welche Stellung ihre Träger im bürgerlichen Leben einnehmen: Ob Wertführer, Aufsicher oder gar — „gewöhnliche Arbeiter“.

Die führenden Köpfe aber wurden folgendermaßen „belegt“: Obmann: Ingenieur Oberegger, geschäftsführender Obmann: Ingenieur Wöhrler, 1. Ortgruppenführer Ingenieur Baumgartner, 2. Ortgruppenführer: Ingenieur Forstner. Aufnahme und Disziplinarausschuß: Ingenieur Fischer, Stellvertreter Dr. Ingenieur Schender, Rechtsauschuß: Ingenieur Jernau und Ingenieur Witzing. Wirtschaftsausschuß: Ingenieur Witzing, Jugendgruppe: Leiter: Ingenieur Fester, Sportgruppe: Leiter: Ingenieur (von) Witzing.

Wir denken, daß genügt, um allen jenen die es noch nicht wissen sollten, die Augen darüber zu öffnen, wer diese Führer der „Volksbewegung“ sind: Rechte Hände der Direktion, Bezahle, und zwar gut bezahlte Unternehmerknechte.

Arsenalwaffen und Schutzbund!

Waffen haben in der Geschichte jeder Revolution eine große Rolle gespielt. Ist doch der Kampf zur Verflüchtigung der Barriere Romagne (1871) der geplante Waffenraub Thiers gewesen. Der deutsch-französische Krieg endigte mit einer kühnen Niederlage der verräuterten kaiserlichen Bourgeoisie. Das Kaiserreich fiel unter den Schlägen der preussischen Bajonette in die Luft, am 4. September wurde die Republik proklamiert. Doch hatten die bürgerlichen Parteien mit Thiers (charakteristischer Typus für die physische und moralische Verkommenheit der Bourgeoisie) an der Spitze der Regierung nur ein Ziel: Um jeden Preis das Proletariat blutig niederzuwerfen, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern. Die Regierung erklärte unter dem Druck der revolutionären Stimmung der Massen „freien Stein und keinen Streifen Erde“ an die Deutschen abzugeben. Gleichzeitig, immer den Klagen des Volkes, verhandelt Thiers mit Bismarck über den Friedensschluss, um die Revolution niedergewerfen. Denn der Krieg konnte nur als revolutionärer Krieg, als Krieg gegen die deutsche und französische Bourgeoisie erfolgreich geführt werden. Um das zu verhindern, galt es Thiers, die Waffen der Nationalgarde in die Hand zu bekommen. Er besetzte die Kommandobefehlshaber mit reaktionären Offizieren und am 17. März 1871 ließ Thiers 250 Kanonen der Nationalgarde beschlagnahmen. Jetzt erhob sich das Volk von Paris, baute Barrikaden, die Soldaten verbrüderten sich mit dem Volk. Thiers und die Bourgeoisie floh nach Versailles, Paris war in den Händen des Proletariats, die Kommune wurde proklamiert.

Wie ganz anders und doch ähnliche Lage aufsteigend verläuft die Herrschende November-Revolution. Das Proletariat besitzt die Waffen (Vollmacht), es besitzt die Macht, um zu siegen, aber es macht keinen Gebrauch davon; es gibt freiwillig die Waffen und die sozialistische Republik, die zu schaffen nur vom Willen des Proletariats abhängig war, aus den Händen. Als Ersatz dafür begünstigt es sich mit sozialpolitischen Versetzen und gegen Vorurteile auf das Traumland „Demokratie“. Nur an einer Stelle, deponiert und verwaltet von den sozialdemokratischen Führern, hat sich das Proletariat Waffen aufbewahrt, „um die Demokratie zu verteidigen“, falls sie bedroht ist. In den zehn Jahren demokratischen Segens haben die Arbeiter viel von ihren sozialistischen Illusionen verloren, deren Verwirklichung, ist von der Demokratie erwarteten. Fakt ist aber: haben die SP-Führer neue Illusionen profegogen. Nämlich: Du sollst dich nur demokratischer Kampfmittel bedienen, d. h. nur solcher Kampfmittel, die die Bourgeoisie verfassungsmäßig gewährt. Aber selbst diese demokratischen Kampfmittel darf du, Prolet, nur im beschriebenen Maß anwenden und nicht mehr auf die „bedrohte Wirtschaft“ Mühselig wehen. Denn eine übermäßige Anwendung demokratischer Kampfmittel verdrängt die kapitalistische „Wirtschaft“ nicht und reinigt die Bourgeoisie zu blutigen Abschreckungsmaßnahmen. 15. Juli, Verfassung.) So ist es möglich die sozialdemokratische Preise dem Proletariat. Und so kam es, daß sich der Parteivorstand der SP. legte: „Wozu braucht das Proletariat Waffen? So ist geradezu eine Gefahr, Schwabkündeln diese Waffen weiter anzuvertrauen, denn es könnte ihnen doch einmal anfallen, von diesen Waffen Gebrauch zu machen. Sicher ist sicher. Und am allerwenigsten, wenn der Staat, wenn Saugoin die Arbeiterwillen in Verachtung nimmt.“

Was Thiers durch Lüge und Gewalt zu erreichen versuchte, das erreicht im Feind der „Demokratie“ die Bourgeoisie durch ihre sozialdemokratischen Kämpen. Was die SP-Führer dem Saugoin durch die Auffassung der Volkswehr, die Umfassung der revolutionären Arbeiter bei gleichzeitiger Verfassung der Helmschützen (1919) noch nicht in die Hände gespielt hatten, das vertrauten sie, um ihr demokratisches Gewissen rein zu halten, „vertrauensvoll“ Saugoin an.

Und so kam es zum „Mau“ der Arsenalwaffen durch Saugoin. Was im Jahre 1920 bei den Arbeitern aus Wirkung vom Ansehen einer Pariser Kommune ausgeht. Hier wurde durch die „demokratischen“ Verhandlungsarbeiten, und einer von langer Hand vorbereiteten Regie im Jahre 1927 reibungslos durchgeführt.

Am 3. März fand in der „A.-S.“ eine kleine Sitzung: „Die Regierung hat im Arsenal nach Waffen gesucht, wobei blieb einige verlorene Gewehrteile gefunden wurden. Das Material wurde von Truppen des Bundesheeres in die Kasernen der Wehrmacht geführt.“

Zu gleicher Zeit, als Saugoin „rothige Waffen“ lichte, hatten alle reaktionären Verbände, Polizei und Bundeswehr, Vertriebsbüro, um eine Abwehr der Arbeiter im Heim zu erfahren. Und der Zusammenhang, die berufliche Organisation der Arbeiterkraft, was ist er? Er hatte auch Vertriebsbüro, aber nicht die Nationalgarde, um den Waffenraub zu verhindern, sondern um die Waffenübernahme von den Verbänden zu verhindern. Im Proletariat hätte es. Die Überwachungs-Handelsgüter, die bis zum Wiedererlangung in „aufsteigenden Mitteln“ zu greifen. Damit war die Bewachung im Proletariat hergestellt, der „Wahlkampf“ 1927 war von Straßfeld befreit. In der Nacht vom 17. bis 18. März, also nach den Wahlen, wurden die gesamten Waffenbestände des Arsenals an die Regierung ausgeliefert. Beide Parteien, Sozialdemokratie und Regierung, verhielten sich zum Teilwilligen. Es hieß aber doch durch „Der Abend“, das

sozialdemokratische Abendblatt, wobei nach dem bewährten Rezept der „A.-S.“, „es wären bloß eine gewisse Menge alter, verrosteter Waffenbestandteile gewesen“. In „A.-S.“ blieb in das selbe Horn.

Damit war die Sache beendet. Bis eines Tages Major Karel gegen den Staat eine Klage einreichte, in der er 15.000 Schilling für die Auslieferung der Arsenalwaffen forderte. Die „A.-S.“ ließ diese Klage Gelegenheits nicht vorbegehen, um für den Verfall am Proletariat einen Sündenbock zu schaffen. Und Major Karel wurde zum Verfall gestempelt. Karel klagte die „A.-S.“ wegen Ehrenbeleidigung. Und am 2. Dezember 1929 fand diese kühne Verleumdung statt.

Und was ergab diese Verhandlung? Nicht das Urteil ist maßgebend, sondern die geschichtlichen Tatsachen, die der Prozeß enthält.

In diesem für die Arbeiterklasse so beschwerlichen Prozeß erklärte Julius Deutsch, er habe, als er das Amt als Generalsekretär zugewiesen, seinen Nachfolgern, dem Generaladjutanten, unter der Schöber-Regierung und später unter Saugoin, von den Arsenalwaffen ausführlich Mitteilung gemacht.

In diesem Prozeß wird auch nicht mehr von solchen Waffen gesprochen, sondern von der kühnen Fügung der Waffen, die von Schwabkündlern bejagt wurde.

Die Sozialdemokratie sieht sich dem Mittelpunkt der Niedertracht, indem sie aus der Schwand, aus dem Verfall am Proletariat ein Legend macht. Die „A.-S.“ vom 3. Dezember 1929 schreibt:

„Denn ich bin von den Wiener Gewissensmenschen beunruhigt worden, daß er zum Verfall geworden ist. Es ist eine tiefertragende Erfahrung. Aber keine große Partei ist davon betroffen. Dar ist Verfall ist ein einheitlicher. Und die Geschichte jeder Revolution kennt solche Verfallgeschichten. Aus der russischen Revolution An Arzen, der, während er in der Kampforganisation der Sozialistischen-Revolutionäre Atome auf Schwabkündlern und Wirtler organisierte, seine Mitbewerber der Sozialisten Partei demargierte. In Katinowski, der, während in September der bolschewistischen Fraktion in der russischen Revolution war, im Dienste und Solde der zaristischen Polizei stand. In einer solchen Verfall ist Karel allmählich geworden.“

Nicht nur, Julius Deutsch, Otto Bauer, Seie und Kauer haben verraten, wir waren nur das Opfer eines Verfalls. Will die „A.-S.“ sagen, indem sie die russische Arbeiterbewegung um Anwesenheit austrifft. Karel war nur das Werkzeug des Verrates. Über die wahren Verfall, aber: Deutsch u. Kauer, wird nicht ein bürgerliches Gericht ein Urteil fällen, aber sie wird das Proletariat ausleeren, wird die Geschichte ihr Urteil sprechen. (Fortsetzung folgt.)

Wenn dich deine Feinde loben!

Ein Genosse schreibt uns:

In einer Besprechung der Christlichsozialen Partei die ich kürzlich in Döbling bewachte verteidigte Herr Kautsch unzulänglich keinen Kritikern aus dem Heimwehrlager gegenüber die Koalition mit der SP. (nicht jene, die er und kein Freund Kenner heute wackeln) sondern die einmal war. Der alle Herr plauderte angetan: Ja denken Sie denn, das wir feindzeit ohne die Sozialdemokraten hätten richtig können, damals in der Umhüllung als alles dramatisch und drüber zu gehen drohte? Sie müssen sich doch vorstellen, wie das damals war. Da mußten die Arbeiter herbeigehört werden, die Kritiken wollten, von Bauern, die Kramel schlugen. Wir teilten uns die Arbeit und sagten: In den Arbeitern geht besser ein Kater und macht ihnen den Standpunkt klar, die Bauern nimmt besser ein Christlicher auf sich. Kamen denn die Herren zurück, so traufen sie sich wohl in dem Entschluß: „Ne wieder!“ Denn damals, meine Herren und Damen, was nicht so gemüßlich... wie es heute, daß der feindseligen offenen und heutigen Klagen und einseitigen Reaktionen für die Bourgeoisie ist!

Sehr bemerkenswert ist auch die Anerkennung, die Herr Saugoin gleichfalls in einer 28tägigen Besprechung den Vertretern der SP. spendete.

Er sprach von Schwobers Regierungserklärung. Und da hätte er mit weisester Betonung hing, dabei trat etwas ein, was wir wieder in der Republik nach in der Monarchie erlebte haben: Ohne Zwischenfall, in ephemerstimmtem Schwelgen hieß die sozialdemokratische Parlamentsfraktion die Regierungserklärung Schwobers an.

Geben die sozialdemokratischen Arbeiter auch Ursache, mit diesem schändlichsten Maßstabhalten ihrer Vertreter, so zu sprechen zu sein, wie die Bourgeoisie?

Sammlungsausweise.

- Kampfsammlung. Durch Genossen Roth S. 1. -
 Spendenabrechnung bis 2. Dezember 1929. Durch die Genossen:
 Finanz S 50.-, Oberer S 10.-, Reiffinger S 1,50, Juch S 30.-, R. S. 50.-, R. S. 30.-, R. S. 50.-, Griesmair S 10.-, Kautscher S 85.-, Finanz S 1.-, Bröckl S 35.-, Finanz S 50.-, Finanz S 1.-, Mandl S 50.-, Finanz S 60.-, Finanz S 2.-, Schöpf J. S 50.-, Finanz S 40.-, Krug R 50.-, R. S. S. 1.-, Glatl S 20.-, Gump S 30.-, R. S. 20.-, R. S. Bröckl S 44.-, Finanz S 50.-, R. S. S. 20.-, Bauer S 40.-, Greiner S 12.-, Durch die Streifenherberge: den Betrag überweisen: von Genossen Roth S 4,25.
- Abonnenten können Eingehungen bei Gen. Roth Hiltensgasse 31 durchführen, in der Zeit von 4-6 Uhr nachmittags.

Umgruppierungen in der deutschen Bourgeoisie.

Die „Arbeiter-Zeitung“ begrüßt die Spaltung der Deutsch-nationalen als einen Fortschritt der „Demokratie“; die Organe der deutschen Sozialdemokratie gehen sogar noch weiter. So berichtet das Alldein Sozialdemokrat. Blatt („Alldeinische Zeitung“) die reaktionären deutsch-nationalen Abgeordneten mit den Worten: „Die Sozialdemokratie tut gut, mit großer Aufmerksamkeit die Kräfte zu beobachten, die nicht nur zuhause, sondern mit großer und kühnen Ideen zur Mitte haben.“ In Wirklichkeit kann von einem Zerfall der Deutsch-nationalen nicht gesprochen werden. So handelt sich um einen Ausbruch der Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen Parteiensystems Deutschlands. Die deutsch-nationalen Partei arbeitet immer stärker auf den Sozialismus hin und hat unter Engelbergs Führung den sozialistischen Wind mit Heftigkeit und Stacheln gebildet, der im Volksentscheid vom 22. Dezember eine Generalabstimmung seines Anfangs für den Sozialismus durchführte. Hinter dem sozialistischen Wind (Engelberg-Hiltner-Soldat) stehen auch führende Teile der deutschen Arbeiterbourgeoisie.

Somit damit vollzieht sich eine allgemeine Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien, die besteht darin, einen parlamentarischen Wind auf reaktionärer Grundlage zu bilden, der unmittelbar die Sozialdemokratie von der Regierung abweisen soll, bis diese die Massen genügend enttäuscht, zum Teil dem Sozialismus in die Arme gelassen hat. Die reaktionären deutsch-nationalen Abgeordneten wollen nicht warten, ob die Zeit des offenen Sozialismus in Deutschland heranzieht; sie ziehen es vor, zum „konservativen Wind“ zu greifen, wobei es natürlich gleichgültig ist, ob sie vom katholischen Zentrum, zur Deutschen Volkspartei führen werden, oder vielmehr gemeinsam mit den Jungdeutschen (Wagner) eine neue Partei bilden und sie dem „konservativen Wind“ anhängeln.

Die russische Rechtsopposition hat kapitalisiert. Bogharin, Krasow und Tomski haben an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Erklärung gerichtet, worin sie ihre Ansichten, die sie im Laufe von einhalb Jahren verfochten haben, als irrig erklären und verwerfen, daß sie gemeinsam mit der Partei gegen jegliche Abweichungen von der Generallinie der Partei, vor allem gegen die rechte Abweichung und gegen die verabschiedete Einstellung zu derselben entschiedenen kämpfen werden.

Das Mitglied der Zentralkommission Krasow, der Bogharin, Krasow und Tomski unterstellt hatte, erklärt ebenfalls, daß er die Verleumdung seiner Anschauungen verwerfe.

Diese Kapitalisation wird die weitere Zerlegung des Stalinregime eher beschleunigen als bremsen.

Jeder Arbeiter, jeder Funktionär lese die Broschüre:

Die Oesterreichische Krise
Die Sozialdemokratie
 und
der Kommunismus
 von E. Trocki.

Preis 20 Groschen. Zu beziehen durch Genossen Roth, Neuz, Simeingasse 8. In Wien durch Genossen Hans Thome, 2. Bez., Novaragasse 24.

Kolporteurs werden gegen gute Bezahlung gesucht.

Anruf an die Leser, Abonnenten des „Neu Ruf“.

Genossen, wir appellieren an euch, erfüllt eure Pflicht. Der „Neu Ruf“ ist ein Kampforgan des Proletariats und kämpft gegen alle Branten am dem Proletariat den revolutionären Weg zu weisen. Wir brauchen Kampfmittel, um die erschöpften Druckpressen und die fortwährenden Preissteigerungen davon zu retten. Kein Mitarbeiter des „Neu Ruf“ bezieht eine Entschädigung. Andere Genossen opfern sich im Interesse der Sache, sie stellen ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst des „Neu Ruf“. Trotz dem wir den Preis auf 15 Groschen erhöht haben, sind die Mittel zu knapp. Spricht doch bei den Kolporteurs. Wer Genossen, das wichtigste, was ihr tun müßt: heißt mit an der Verbreitung des „Neu Ruf“. Das Proletariat wird nur dann kampffähig sein, wenn es politisch aufgestellt, revolutionär gesinnt ist. Kolportiere überall den „Neu Ruf“, heißt Gefährdung der Sache. Mit nichts können wir unseren Feinden mehr gefährlich machen, als mit der Verbreitung des „Neu Ruf“. Gebet der Worte Wilhelms Reicherts:

Wissen ist Macht, Macht ist Wissen!
 Daß ihr im Gehirne, in der Gewerkschaft und bei den Freunden alles mitarbeitet, daß ihr gut und notwendig — aber der Gefahr eines Scheiterns mit der Verbreitung des „Neu Ruf“ kein Leben „Neu Ruf“ zu ihr verkauft ist ein Gedanke gegen die Reaktion.
 Die Sammlung!

Abonnenten, die mit der Nr. 11 die Erlagsscheine erhielten, werden ersucht, unverzüglich ihren künftigen Beitrag einzufahren.

Tretet aus, aus der Heimwehrlinie!